

Liste Fritz. Tirol

Pressespiegel

KW 21

19.05. bis 25.05.2025

Land fehlt das Geld für Gehälter-Reform

Antrag für Vereinheitlichung der Entlohnungssysteme in Gesundheitsberufen ging in AK-Vollversammlung nur mit schwarz-blauen Stimmen durch. Land in Budgetzwängen.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – Letztlich war von einer Einstimmigkeit auf der AK-Vollversammlung am Freitag keine Spur. Die Forderung von AK-Präsident Erwin Zangerl, an den Tirol Kliniken gesetzlich alle MitarbeiterInnen von Gesundheitsberufen im Entlohnungssystem alt ins System neu zu überführen, fiel lediglich bei seiner eigenen Fraktion (AAB-FCG) und den Freiheitlichen auf fruchtbaren Boden. Eine Mehrheit hatte der Antrag damit dennoch locker. Grüne, FSG, Linke und Parteifreie stimmten dagegen. Hauptkritikpunkt der Antragsgegner: das Ausklammern der Bezirkskrankenhäuser. Zangerl kommentierte dies mit „Parteitaktik“: „Alles auf einmal geht nicht.“ Bereits im Vor-

„Macht Jakob Wolf Mattle und Hagele weiterhin die Mauer oder kommt er endlich seiner Aufgabe als AAB-Obmann nach?“

Petra Wohlfahrtstätter
(Gesundheitssprecherin Grüne)



„Derzeit ist keine Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der budgetären Situation absehbar.“

Cornelia Hagele
(Gesundheitslandesrätin, VP)

feld hatte Zangerl angekündigt, hier „Schritt für Schritt“ vorgehen zu wollen.

Noch am Montag wird Zangerl den Antrag allen Landtagsklubs übermitteln. Wie berichtet, will Zangerl damit das Zwei-Klassen-System in den Gesundheitsberufen beenden. Und damit den – trotz jüngster Reformen – anhaltenden Streit um faire und unfaire Entlohnung beenden.

Eine schnelle Lösung dürfte im Landhaus aktuell nicht in

Sicht sein. Das Land muss sparen. Eine gesetzliche Überführung aller „Alt-Verträge“ an den Landeskrankenhäusern ins Entlohnungssystem neu würde aber Finanzmittel binden, welche das Land aktuell nicht aufbringen könne, heißt es. Auch Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele (VP) lässt dies durchblicken: „Wir arbeiten daran, die bestehenden Strukturen weiterzuentwickeln, den Pflegealltag zu verbessern und das Personal bestmöglich zu unterstützen.“ Eine unmittelbare Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der budgetären Situation sei aber „derzeit nicht absehbar“. Zumindest sei die AK-Klage gegen die Tirol Kliniken abgewendet, so Hagele: „Gemeinsam mit Zangerl habe ich mich für eine raschere

„Wir fordern seit Monaten, dass das Optionsfenster wieder geöffnet wird. Es braucht ein faires Gehaltssystem.“

Andrea Haselwanter-Schneider
(Liste-Fritz-Parteiobfrau)

AK: Nächtigungs-Euro für Gratis-VVT

Innsbruck – Im Rahmen der AK-Vollversammlung am Freitag wurde auch ein Antrag für ein kostenloses Öffi-Angebot verabschiedet. AK-Präsident Erwin Zangerl will demzufolge mittels einer neuen zweckgebundenen Nächtigungsabgabe im Tourismus die öffentliche Mobilität in Tirol finanzieren. Diese solle zusätzlich zur bereits geltenden Tourismusabgabe eingehoben werden. „Dieses neue solidarische Finanzierungsmodell wäre zielgerichtet und sach-

gerecht, da der Tourismus ja auch in hohem Maß von einem gut funktionierenden ÖPNV profitiert“, so Zangerl. Die Landesregierung solle deshalb umgehend eine gesetzliche Grundlage hierfür prüfen. Zangerl schweben rund zwei Euro pro Nacht vor. Damit könnten pro Jahr rund 97,5 Mio. Euro lukriert werden, was laut Zangerl in etwa den aktuellen Ticketerlösen durch VVT-Stammkunden entspräche. Das würde die TirolerInnen entlasten. (mami)

rechtliche Prüfung der Umstufungen im Gehaltssystem eingesetzt.“

Dass man sich in der AK-Vollversammlung gegen Zangerls Antrag gestellt habe, begründen die Grünen damit, dass es jedem Mitarbeiter selbst überlassen bleiben solle, welches Gehaltssystem für ihn mehr Vorteile biete. Da die schwarz-rote Landesregierung aber ein neues Optionsfenster nicht öffnen wolle, würde „ein Großteil der Pflegekräfte in den Altverträgen gefangen gehalten“, so Landtagsabgeordnete Petra Wohlfahrtstätter. Sie sieht auch AAB-Chef Jakob Wolf gefordert. Liste-Fritz-Chefin Andrea Haselwanter-Schneider betont, stets ein neues Optionsfenster eingefordert zu haben – bis dato vergeblich.

Stadt, Land, Fluss: Widerstand an allen Fronten

Der Widerstand gegen den Ausbau des **Kraftwerks Kaunertal** zu einem Pumpspeicherkraftwerk wächst. Gestern wurde am Innsbrucker Landhausplatz das Zwischenergebnis der Petition „Stoppt den Ausbau des Kraftwerks Kaunertal“ präsentiert, bisher unterstützen mehr als 100.000 Menschen den Appell. Über 35 Bürgerinitiativen (u. a. „Lebenswertes Kaunertal“), Vereine und Naturschutzorganisationen wie der WWF fordern die sofortige Absage des Projekts.

Im Zusammenhang mit der Debatte über die Abschöpfung von Gewinnen der Tiwag für die Budgetsicherung des Bundes betont



Laut Angaben der Naturschutzorganisation WWF unterstützen bisher 100.000 Menschen die Petition gegen den Kaunertal-Ausbau. Foto: WWF

Liste-Fritz-Klubchef **Markus Sint**, dass das Geld der Tiwag selbstverständlich im Land bleiben müsse. „Einen Teil der Gewinne erwirtschaftet die Tiwag schließlich mit den Einnahmen der Tiroler

Bürgerinnen und Bürger sowie der Betriebe im Land.“

Ein Teilerfolg konnten Innsbrucks Bürgermeister **Johannes Anzengruber** und sein Telfer Amtskollege

Christian Härting in Eisenstadt einfahren. Im Rahmen der Tagung des Österreichischen Städtebundes (ÖSB) wurde die Forderung der Tiroler Städtebund-Landesgruppe in die Resolution des ÖSB an die Bundesregierung aufgenommen. Derzufolge solle der Bund die Kosten für die FreizeitpädagogInnen rasch übernehmen. Ebenso sollten die Finanzausweisungen an die klammern Gemeinden auch in den Folgejahren erfolgen. „Jetzt liegt der Ball beim Bund“, hofft Anzengruber gegenüber der *TT* auf konstruktive Gespräche. Offen bleibt die Tirol-Forderung nach einem Sitz in den Finanzausgleichsverhandlungen. (*pn, mami*)



Die Bahn kommt am Brenner nicht vom Fleck und stagniert. Damit erfolgt auch keine Verlagerung von der Straße auf die Schiene. Foto: Thomas Böhm

Schiene kann am Brenner nicht aufholen

Nach wie vor werden am Brenner 74 Prozent aller Güter auf der Straße befördert. Betriebskosten für Brennerbasistunnel dürften jährlich mehr als 30 Mio. Euro ausmachen.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Die Verlagerung der Gütertransporte von der Straße auf die Schiene ist ein Hürdenlauf. Daran können auch Investitionen in Milliardenhöhe nichts ändern. Vor allem nicht auf der Brennerachse zwischen München und Verona.

Was die Bahn-Infrastruktur betrifft, soll der 55 Kilometer lange und 10,5 Milliarden teure Brennerbasistunnel planmäßig Ende 2032 in Betrieb gehen. Der Vortrieb erfolgt derzeit ohne größere Probleme. Doch bei den Zulaufstrecken hakt es. Der Lückenschluss in Kufstein wird erst 2039 erfolgen, aus Spargründen haben die ÖBB das Bauvorhaben gestreckt. In Bayern tritt man mit der Trasse auf der Stelle.

Zuletzt erklärte der bayerische Verkehrsminister Christian Bernreiter, dass die Trassenführung eine Jahrhundert-Entscheidung sei. „Sie muss mit Sorgfalt und Weitblick getroffen werden. Zum Neubau der Trasse ge-

hören eine möglichst weitgehend unterirdische Streckenführung, ein umfassender Lärmschutz und der Schutz unserer Landschaft.“

In Südtirol sollen die 22,5 Kilometer zwischen Franzensfeste und Waidbruck, die fast komplett unterirdisch verlaufen, 2032 fertiggestellt werden. Wobei hinter der Inbetriebnahme in sieben Jahren nach wie vor ein großes Fragezeichen steht.

Der Betrieb des Brennerbasistunnels dürfte jedenfalls mehr als 30 Millionen Euro jährlich kosten. Die letzte Kostenschätzung aus dem Jahr 2014 betrug 22 Millionen Euro, beim Gotthard Basistunnel (57 Kilometer) werden die Betriebskosten mit 39 Millionen Euro beziffert. In die Fertigstellung des Tunnels investieren die ÖBB bis 2030 1,975 Milliarden Euro, in die viergleisige Zulaufstrecke von Radfeld bis Schafstau 3,5 Milliarden Euro.

Wie der Tunnel tatsächlich genutzt wird und ob die Verlagerung der Gütertransporte von der Straße auf die Schiene gelingt, steht aber bis jetzt nicht fest. Außerdem kann der Tunnel erst mit den modernen Anbindungen in Bayern und Südtirol seine volle Transport-Wirkung entfalten.

Nur 26 Prozent auf Schiene

Derzeit sieht es jedenfalls düster aus. Seit 2010 geht nämlich der Anteil der auf der Schiene über den Brenner transportierten Güter kontinuierlich zurück. Wurden damals noch 36 Prozent mit der Bahn befördert, so waren es ersten Berechnungen zufolge im Vorjahr nur noch 26 Prozent. Deshalb wird immer wieder eine Verlagerungspflicht gefordert. Denn auch im Vorjahr passierten 2,37 Millionen Transit-Lkw die Mautstelle auf der Brennerautobahn bei Schönberg.

Straße/Schiene

Straße: Auf der Brennerautobahn rollten im Vorjahr 2,37 Millionen Transit-Lkw. Der Anteil der auf der Straße transportierten Güter betrug 74 Prozent.

Schiene: Die Bahn verliert gegenüber der Straße kontinuierlich, lediglich 26 Prozent der Waren im grenzüberschreitenden Verkehr zwischen Österreich und Italien werden mit der Bahn befördert.

Basistunnel: Er soll 2032 in Betrieb gehen, die Kosten werden mit 10,5 Milliarden Euro beziffert.

Zweiklassen-System bei den Pflege-Gehältern soll enden

Über die AK-Vollversammlung steigt der Druck auf die Landesregierung, den Gehalts-Streit in den Gesundheitsberufen zu befrieden. VP im Dilemma.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – In der heute tagenden 189. Vollversammlung der Arbeiterkammer hat die Liste von AK-Präsident Erwin Zangerl (AAB-FCG) mit 43 Mandaten das uneingeschränkte Sagen. Die zweitstärkste Fraktion (FSG) kommt auf 13, die FP auf neun Mandate. Dahinter folgen Grüne, Parteilose und Linke. Dennoch hofft Zangerl auf Einstimmigkeit, wenn sein Antrag zur Abstimmung kommt, der dem umstrittenen Zweiklassen-Entlohnungssystem in den Gesundheitsberufen (im öffentlichen Dienst) ein für allemal den Garaus machen soll.

Rückblende: Das Gehaltspaket, welches Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele (VP) im November 2024 präsentierte und mit Jahreswechsel gesetzlich in Kraft treten ließ, wog satte 18,3 Millionen Euro. Und doch herrscht seither dicke Luft. Zunächst, weil die (monetären) Verbesserungen haupt-



Foto: Böhm

„**Unterschiedliche Entlohnungssysteme innerhalb derselben Einrichtung führen häufig zu einer Spaltung der Belegschaft.**“

Erwin Zangerl
(AK-Präsident)

sächlich den MitarbeiterInnen im Gehaltssystem Neu zugutekommen. Auch dass manche Berufsgruppen ausgeklammert blieben, ärgerte.



An den Tirol Kliniken wären gut 600 MitarbeiterInnen von Stichtags-Änderungen betroffen gewesen. Foto: Böhm

Dann poppte eine neue Ungerechtigkeit auf. An den Tirol Kliniken hätte all jenen im Gehaltssystem Neu zwar eine Höherstufung des Gehalts gewinkt, gleichzeitig aber auch eine Herabstufung bei den Vordienstzeiten gedroht. Letzteres ist wichtig für den so genannten „Vorrückungstichtag“ für den künftigen Aufstieg in höhere Entlohnungsstufen. Zangerl drohte den Tirol Kliniken mit Klage. Nach Verhandlungen, auch mit dem Land, ließen Hagele und Tirol Kliniken von den Plänen ab. Rund 600 Bedienstete sind betroffen.

Sie erhielten am Dienstag von Tirol-Kliniken-Personaldirektor Matthias Walter die schriftliche Nachricht, dass sich der Vorrücktag jetzt doch nicht ändern wird. Rückwirkend mit 1. Jänner. Zangerl bestätigt dies. Allfällige Einbußen sollten an die MitarbeiterInnen rückgezahlt werden.

Zurück zur heutigen Vollversammlung: Mit Zangerls

Etappensieg im Rücken will die AAB-FCG-Fraktion besagten Antrag einbringen. Die Landesregierung wird damit aufgefordert, „sämtliche Vertragsbedienstete, die sich im alten Entlohnungssystem in einer Landeskrankenanstalt befinden und in einem Gesundheitsberuf tätig sind, in das Entlohnungssystem neu zu überführen“. Und zwar „ex lege“, also per Gesetz.

Gretchenfrage für AAB-Wolf

Speziell für Hagele und die VP könnte der AK-Antrag zum politischen Spagat werden. Hagele hat bis dato eine gesetzliche Überführung – auch im Zuge von rund 4000 Protest-Unterschriften aus Klinik, Krankenhäuser und Altenheimen – strikt abgelehnt. Gleichzeitig sitzt AAB-Obmann Jakob Wolf als VP-Klubobmann im Landtag. Wie nun also auf den AK-Antrag reagieren? Etwa gar aussitzen?

Zangerl will den Antrag der schwarz-roten Landes-

Streit-Fall

Gehalts-Novelle: In der Folge einer großangelegten, externen Gehaltsvaluierung – inklusive Vergleich mit anderen Ländern – legte die Landesregierung Ende 2024 ein Paket vor, welches Gesundheitsberufe im öffentlichen Dienst (Land, Gemeinden) um in Summe 18,3 Mio. € aufbesserte. Auch für Jungärzte gab es mehr Geld.

regierung sowie allen Klubs zukommen lassen. So mancher AK-Antrag sei in der Vergangenheit von Parteien aufgenommen worden, sagt er. Vorerst will Zangerl das Gehaltssystem an den Tirol Kliniken harmonisiert wissen. Als nächster Schritt sollen die Bezirksspitäler (Gemeindebedienstetengesetz) folgen: „Wir werden Stück für Stück vorgehen.“

Politik in Kürze

Stadt, Land, Fluss: Widerstand an allen Fronten

Der Widerstand gegen den Ausbau des **Kraftwerks Kaunertal** zu einem Pumpspeicherkraftwerk wächst. Gestern wurde am Innsbrucker Landhausplatz das Zwischenergebnis der Petition „Stopp den Ausbau des Kraftwerks Kaunertal“ präsentiert, bisher unterstützen mehr als 100.000 Menschen den Appell. Über 35 Bürgerinitiativen (u. a. „Lebenswertes Kaunertal“), Vereine und Naturschutzorganisationen wie der WWF fordern die sofortige Absage des Projekts.

Im Zusammenhang mit der Debatte über die Abschöpfung von Gewinnen der Tiawig für die Budgetsicherung des Bundes betont



Laut Angaben der Naturschutzorganisation WWF unterstützen bisher 100.000 Menschen die Petition gegen den Kaunertal-Ausbau. Foto: WWF

Liste-Fritz-Klubchef **Markus Sint**, dass das Geld der Tiawig selbstverständlich im Land bleiben müsse. „Einen Teil der Gewinne erwirtschaftet die Tiawig schließlich mit den Einnahmen der Tiroler

Bürgerinnen und Bürger sowie der Betriebe im Land.“

Einen Teilerfolg konnten Innsbrucks Bürgermeister Johannes **Anzengruber** und sein Telfer Amtskollege

Christian **Härting** in Eisenstadt einfahren. Im Rahmen der Tagung des Österreichischen Städtebundes (ÖSB) wurde die Forderung der Tiroler Städtebund-Landesgruppe in die Resolution des ÖSB an die Bundesregierung aufgenommen. Derzufolge solle der Bund die Kosten für die FreizeitpädagogInnen rasch übernehmen. Ebenso sollten die Finanzzuweisungen an die klammern Gemeinden auch in den Folgejahren erfolgen. „Jetzt liegt der Ball beim Bund“, hofft Anzengruber gegenüber der *TT* auf konstruktive Gespräche. Offen bleibt die Tirol-Forderung nach einem Sitz in den Finanzausgleichsverhandlungen. (pn, mami)

Kommt nun Genehmigung für 1.000 statt 4.000 Puten?

21. Mai 2025, 14:34 Uhr



Nun soll über eine Widmung für einen Stall mit 1.000 Stück Puten entschieden werden. Foto: Symbolbild: pixabay hochgeladen von [Agnes Dorn](#)

Nachdem der Verfassungsgerichtshof die Widmung für die Geflügel-farm in Obsteig aufgehoben hat, hat der Bauherr nun erneut angesucht.

OBSTEIG. Der geplante Bau einer Geflügelfarm im Obsteiger Weiler Wald war von Anfang an von massivem Widerstand begleitet. Hatten zunächst die Anrainer jahrelang gegen das Bauprojekt im Landschaftsschutzgebiet angekämpft und auch gegen die vom Gemeinderat beschlossene Genehmigung protestiert, wurde die Widmung schließlich vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben.

Toplinks



KREATIVE RE
Egal ob Dessert oder doch eher die Qualität vielfalt ist gro



TRAUMJOB
In unserem r Stellenmarkt angebote au Gleich reins



Die Bauarbeiten hatten schon begonnen, nun wurde das Projekt vorerst gestoppt.

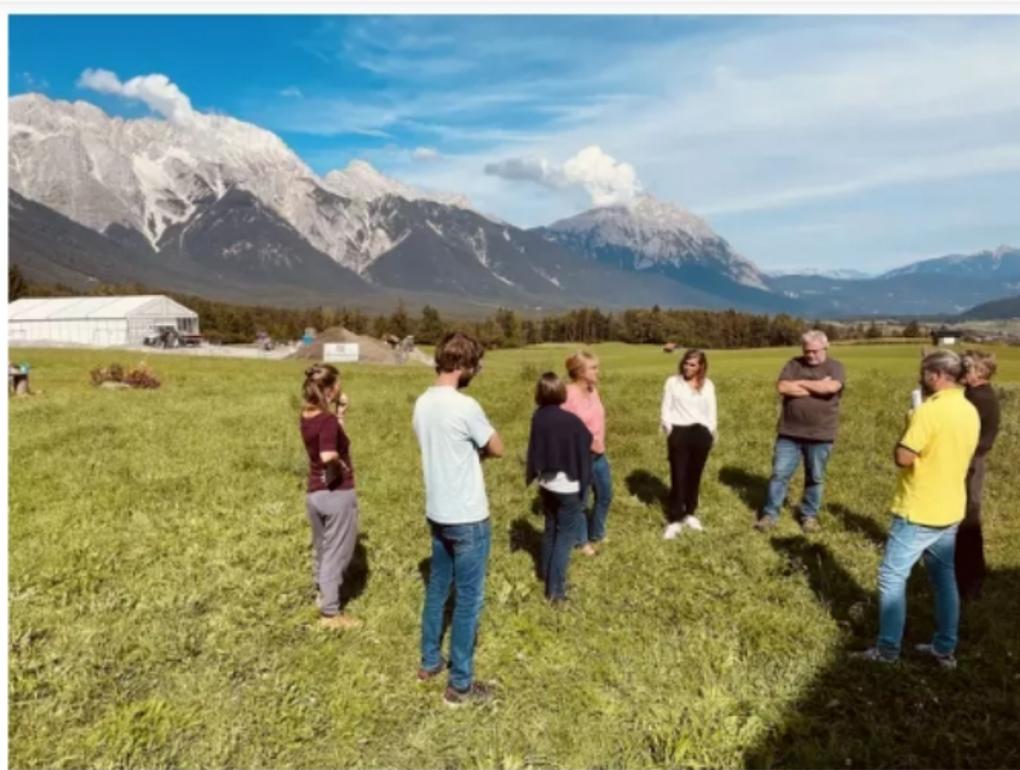
Foto: privat hochgeladen von [Agnes Dorn](#)

Trotz Einspruches des Verwaltungsgerichtshofs hatte der Bauherr bereits mit dem Bau gestartet. Nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshof hat die Gemeinde nun ein halbes Jahr Zeit, die fehlenden Gutachten nachzureichen. Dem Gemeinderat hätten beim damaligen Beschluss nämlich ausreichende Entscheidungsgrundlagen gefehlt, unter anderem in Bezug auf "Vermeidung von Nutzungskonflikten, die Wasserversorgung, den Schutz des Landschaftsbildes, die Bewahrung erhaltenswerter natürlicher oder naturnaher Landschaftselemente und Landschaftsteile und der verkehrsmäßigen Erschließung.

Neuerlicher Antrag auf Widmung

Nachdem das Land Tirol die Flächenwidmung bereits aufgehoben hat, hat der Projektwerber nun erneut einen Antrag an die Gemeinde gestellt, wie Bürgermeister Erich Mirth bestätigt. Dieses Mal mit einer Reduktion der Stückzahl der Puten auf 1.000 Stück. Die Gemeinde muss sich nun um die notwendigen Gutachten kümmern, sprich die bisherigen Gutachten bestätigen bzw. abändern lassen und neue in Auftrag geben. "Wir holen die Gutachten ein und diskutieren das Projekt dann wieder", sieht der Dorfchef sich nun in den nächsten Monaten gefordert. Der Gemeinderat muss dann erneut über die Sonderwidmung abstimmen.

Auf den Bebauungsplan hat die Änderung der Widmung übrigens keinen Einfluss. Im Fall einer neuerlichen Widmung dürften dann halt nur noch 1.000 Puten in das über eine Gesamtnutzfläche von 1.300 Quadratmeter verfügende Stallgebäude. Diesen abzuändern sieht der Bürgermeister keine Notwendigkeit, da im bestehenden Bebauungsplan schon so strenge Festlegungen wie in kaum einem anderen Fall zur Anwendung gekommen seien.



Markus Sint im Gespräch mit den Anrainern, die sich gegen das Bauprojekt zur Wehr setzen.
Foto: Liste Fritz hochgeladen von [Agnes Dorn](#)

Die Liste Fritz hat nun einen 25 Fragen umfassenden Antrag an die Landesregierung gestellt und fordert volle Aufklärung der Causa, darunter die Beantwortung der Frage wie es damals zu der aufsichtsbehördlichen Genehmigung überhaupt kommen konnte. "Da müssen sich Landesrat Geisler und Landeshauptmann Mattle erklären, wie so eine Fehlentscheidung passieren kann. Hätten sich die Anrainer und Bürger nicht gewehrt, wäre die behördliche Fehlentscheidung besiegelt gewesen. So ein eklatantes Versagen auf dem Rücken der Bevölkerung darf nicht wieder passieren", stellt Landtagsabgeordneter Markus Sint klar.

Dass der Bauherr nun erneut um eine Widmung, dieses Mal mit reduzierter Stückzahl an Puten, ansucht, ist für den Klubobmann bedenklich und er warnt vor den Folgen: "Hände weg vor so einer Schnell-Schnell-Lösung. Probleme wie die Emissionen oder der tagtägliche Nutzungskonflikt mit den Nachbarn würden auch bei einer Reduktion der Stückzahl bleiben. Jetzt wäre ein guter Zeitpunkt einen anderen Standort für den Betrieb zu suchen."

Einen Abrissbescheid für die bereits umgesetzten Arbeiten wird die Gemeinde übrigens vorerst keinen erlassen. Denn, so der Bürgermeister, es mache wenig Sinn, jetzt etwas abreißen zu lassen, was dann später doch gebaut wird.

Bemühungen um UN-Flagge gehen weiter

Politische Unterstützung aus Götzens für die Vereinigung Österreichischer Friedenssoldaten!

Vor rund einem Jahr unterbreiteten der Präsident der Vereinigung Österreichischer Friedenssoldaten, Gerhard Dujmovits aus Götzens und Presseoffizier Franz Köfel aus Völs Verteidigungsministerin Klaudia Tanner in schriftlicher Form einen Vorschlag. Demnach sollte am Internationalen UN-Peacekeepers Day zum Gedenken an die 52 bei Friedenseinsätzen ums Leben gekommenen österreichischen UN-Soldaten die militärischen Einrichtungen an diesem Tag neben der österreichischen Fahne auch mit der



V.l.n.r. Peter Gasteiger, Gerhard Dujmovits, Markus Sint, Franz Köfel und Inge Reimsperger vor dem Kriegerdenkmal in Götzens

Foto: Hassl

UN-Fahne beflaggt werden. Das Anliegen findet jetzt auch bei LA Markus Sint von der Liste Fritz Unterstützung. „Den Friedenssoldaten gilt unser aller Dank,“ so der Liste Fritz-

Klubobmann. „Gerade wenn Österreich, Europa und die Welt heute wieder aufrüsten, sollten wir auch auf ein sichtbares Zeichen des Friedens nicht vergessen.“

Innsbruck will JJ

Songcontest 2026 in Innsbruck? Wirtschaftliche Chancen, Kritik und Diskussion um Kosten.

Nach dem Erfolg von JJ beim Eurovision Song Contest 2025 bietet sich Innsbruck als Austragungsort

ort für 2026 an. Bereits 2015 hatte die Tiroler Landeshauptstadt Chancen, der Gastgeber des Events zu sein. Damals zeigte sich Innsbruck enttäuscht. „Innsbruck Tirol war aufgrund der Veranstaltungskompetenzen und Bewerbungsunterlagen offensichtlich nur knapp nicht gewählt“, wurde damals von der Stadt Innsbruck



JJ gewann den Eurovision Song Contest 2025. Somit soll der ESC 2026 in Österreich stattfinden. Innsbruck hat Interesse.

Foto: Sarah Louise Bennett/EBU

mitgeteilt. Die damalige Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer betonte: „Innsbruck hat es in die Endauswahl geschafft, was für uns ein gutes Zeugnis ist. Unsere Stadt ist ideal für Großevents.“ Die Olympiaworld wurde als zentraler Veranstaltungsort genannt.

Pro & Contra

Mit dem Erfolg von JJ ist die Diskussion über den Austragungsort des ESC 2026 wieder eröffnet. LA Gebi Mair hat bereits kurz nach dem Sieg von JJ auf X (Twitter) eine Einladung ausgesprochen: „Komm nach Innsbruck, Songcontest! #Eurovision2025 #Eurovision2026“. Bürgermeister Johannes Anzengruber arbeitet an einer möglichen Umsetzung der Idee. Die Gemeinderatsliste „Das Neue Innsbruck“ spricht sich für den Bewerb aus. Kritik kommt von der KPÖ, die FPÖ zeigt sich abwartend und die Liste Fritz will eine seriöse Prüfung.

und Songcontest



Innsbruck will den Eurovisions Song Contest 2026 in der Olympiaworld austragen.

Foto: Olympiaworld

Die Kosten

Im Fokus der Diskussion stehen die Kosten für den ESC. Die Gesamtkosten für den heurigen Eurovision Song Contest werden mit rund 60 Millionen Franken (etwa 64 Millionen Euro) beziffert. Die SRG übernimmt 20 Millionen Franken (21,3 Millionen Euro), die Stadt Basel beteiligt sich mit 35 Millionen Franken

(37,3 Millionen Euro) und die European Broadcasting Union (EBU) steuert 5 Millionen Franken (5,3 Millionen Euro) bei. Für die Ausrichterstadt Basel rechnet Dario Silic, Professor an der Swiss School of Business and Management in Genf, mit einem ökonomischen Profit von 60 Mio. Franken (64 Mio. Euro). Die lokalen Behörden hoffen, dass

dieser touristische Aufschwung langfristige positive Effekte hat und Basel als kulturelles Reiseziel etabliert. Liverpool verzeichnete einen wirtschaftlichen Nutzen von 64 Mio. € und Malmö 38 Mio. €. 2015 investierte die Stadt Wien rund 1 Million Euro (valorisiert heute etwa 1,3 Mio. Euro) durch das Stadtmarketing, der ORF kam mit seinen 15 Mio. Euro (rund 20 Mio. Euro) aus.

SONGCONTEST IN IBK

 Soll der Songcontest 2026 in Innsbruck stattfinden? Hier gehts zur Umfrage:



STANDORTFRAGE

„Die Frage ist, ob der Standort hier richtig ist“, erklärt Markus Sint von der Liste Fritz, die sich nach einem Hilferuf der Anrainer in Reith für deren Anliegen einsetzt. Die Liste Fritz sieht kein öffentliches Interesse und fordert ein Überdenken des Ausbaus: „Die Raumordnung soll Nutzungskonflikte verhindern und nicht neue schaffen. Der Ausbau passt hier nicht hin, dafür gibt es kein öffentliches Interesse, das es bei der Änderung des Raumordnungskonzeptes aber zwingend braucht. Drei Mitarbeiter und ein paar tausend Euro Kommunalsteuer mehr wiegen die vielen Nachteile und Belastungen für die Anrainer nicht auf“, so Sint und LA Gabi Madersbacher.



„Der Ausbau passt hier nicht hin“, so Madersbacher und Sint. Foto: Flückinger

Größere Gärtnerei

Gärtnereierweiterung stößt in Reith auf Unmut. Anrainer sind dagegen, Inhaber betont: Ist biologischer Anbau.

BARBARA FLÜCKINGER

REITH I.A. Wer von der B171 in Brixlegg kurz vor dem Matzenpark rechts abbiegt, quert gleich danach die Gemeindegrenze von Brixlegg hin zu Reith im Alpbachtal. Die kleine Straße im Ortsteil Weng führt letztendlich in eine Sackgasse. Der Blick, der sich dem Verkehrsteilnehmer eröffnet, zeigt ein Wohngebiet – im Zentrum eine 4.000 m² große Wiese, auf der derzeit Schafe weiden. Die Wiese war bislang Freiland. Das könnte sich nun ändern.

Eine Gärtnerei, die gleich daneben über der Gemeindegrenze in Brixlegg liegt, will den Betrieb auf dem von ihr gepachteten Freiland



Auf dieser Wiese in Reith im Alpbachtal will eine Brixlegger Gärtnerei erweitern. Das freut nicht alle. Foto: Flückinger

erweitern. Der Reither Gemeinderat hat bereits mehrheitlich für eine Umwidmung der Wiese in eine Sonderfläche für den Ausbau der Gärtnerei gestimmt. Jetzt liegt die Sache und Entscheidung beim Land Tirol.

Sehr zum Unmut der Anrainerinnen und Anrainer. Für sie ist die Zustimmung des Gemeinderats zum Vorhaben aus mehreren Gründen unverständlich. „Die-

ses Projekt Folientunnel wird just dorthin platziert, wo wir seit 1989 die schützende Hand des Landes Tirol drauf haben“, erklärt Anrainer Bernhard Jochum. Die Fläche liegt nämlich inmitten einer gesetzlich verordneten Wasserschutzzone, an deren strenge Vorgaben sich auch die Anrainer halten müssen. Das Wasserschutzgebiet dient dabei der Wasserversorgung der Nachbar-

bringt Zankerei

gemeinde Brixlegg. Die Anrainer befürchten bei einer Nutzung für die Gärtnerei eine Beeinträchtigung der Trinkwasserversorgung und sprechen von Risiken für das Trinkwasser durch den möglichen Einsatz von Düng- und Pflanzmitteln.

Ein zweiter Faktor, der für die Anrainer von hoher Bedeutung ist, ist das Thema Verkehr. „Die Zufahrtsstraße war nur als Wohnstraße für die anliegenden Bewohner konzipiert“, erklärt Anrainer Werner Summerer. Diese Zufahrtsstraße wird auch schon heute als Zubringerstraße für die Gärtnerei verwendet. Lkw müssen sich über die Straße für eine Anlieferung zur Gärtnerei um zwei Kurven schlängeln. Das habe bereits in der Vergangenheit immer wieder zu Problemen geführt, betonen die Anrainer. Sie befürchten, dass mit dem Projekt der Gärtnerei nun auch ein Umkehrplatz für Lkw mitten im Was-

serschutzgebiet entstehen soll. Michael Schießling, Inhaber der Gärtnerei Blumenhaus Schießling, betont, dass er bis zu einem gewissen Grad verstehe, dass die Anrainer lieber eine freie Wiese vor ihren Häusern hätten. Er möchte mit den Bewohnern gut auskommen und ihre Bedenken zerstreuen. Der Gärtnereibetrieb wird in vierter Generation betrieben, ist über 100 Jahre alt und wächst stetig. Deswegen will Schießling erweitern. Geplant sind auf der gepachteten Wiese eine Kulturschutzanlage (Folientunnel) und ein Freilandhaus. Diese seien bis auf zwei Monate im Frühjahr immer offen und – abgesehen vom Metallgerüst – „durchsichtig“.

Gärtnerei: Biologischer Anbau
Was die Bedenken wegen des Trinkwassers angeht, betont Schießling, dass er die Produktion im Bereich des biologischen

Anbaus und für Schnittblumen erweitern möchte – dies alles für den Eigenbedarf und für das eigene Geschäft. „Es wird ein Biobetrieb, deswegen sehe ich in keinsten Weise eine Schädigung des Grundwassers. (...) Außerdem ist das natürlich ein geschlossenes Wassersystem“, sagt Schießling. Das Wasser werde dabei aufgefangen und teilweise wiederverwertet. Zudem gebe es strenge Vorlagen und Vorgaben, die er im Gärtnereibetrieb einhalten müsse. Auch was den Verkehr angeht, gebe es durch die Erweiterung keine Mehrbelastung. Für den Betrieb sei nur rund zehnmal im Jahr eine Lkw-Anlieferung vorgesehen. Lkw werden laut Schießling künftig nur in den Gärtnerei-Grund einfahren, ausladen und dann wieder vorwärts hinausfahren, „so dass keine Behinderung für die Anrainer entsteht“. Es gebe auch keinen Wendepunkt bei der Straße vor den Häusern der Anrainer.

DAS SAGT REITH

Seitens der Gemeinde Reith im Alpbachtal betont man, dass unabhängige Sachverständige beauftragt wurden, um alle Punkte der eingebrachten Stellungnahmen der Anrainer zu prüfen. „Natürlich wurde auch zum Thema Wasserschutzgebiet Stellung genommen und auf geltende Bestimmungen bzw. Auflagen für Bauten in diesem Bereich verwiesen“, erklärt die Amtsleitung der Gemeinde. Diese bestätigt auch, dass kein höheres Verkehrsaufkommen zu erwarten ist.



Laut Gemeinde sollen nicht mehr Lkw zu erwarten. Foto: Flückinger

Stadt übernimmt 47 Pflegebedürftige

Schließung der Seniorenresidenz in Innsbruck zieht weite Kreise. Kritik an der Vamed-Gruppe nimmt zu.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Zuerst die gute Nachricht: 47 pflegebedürftige BewohnerInnen des Veldidenaparks bekommen einen Heimplatz bei den Innsbrucker Sozialen Diensten (ISD). Bis zu 22 MitarbeiterInnen wechseln ebenfalls dorthin. „Der plötzlich auftretende Bedarf hat uns als Heimbetreiber sehr gefordert und wird uns noch fordern, bis der Umzug vollzogen ist“, sagt ISD-Geschäftsführer Hubert Innerebner.

24 Betagte mit geringem Pflegebedarf sollen während der Umbauphase in der Seniorenresidenz bleiben und mobil von den Johannitern betreut werden. Mit der Sanierung begründete die Vamed Care ihren Rückzug als Betreiberin. Innsbrucks Bürgermeister Johannes Anzengruber ist froh darüber, dass die Stadt den unschuldig zum Handkuss Gekommenen ein neues, qualitativvolles und zukunftssicheres Zuhause anbieten kann. „Die Situation zeigt wieder mal, wie wichtig es ist, die Daseinsvorsorge in der öffentlichen Hand zu belassen und nicht an profitorientierte Unternehmen auszulagern.“

„Vorgehen inakzeptabel“

Vermutet wird nämlich, dass nicht die Sanierung, sondern die wirtschaftliche Situation ausschlaggebend für die Kündigung der Residenz-, Pflege- und Dienstleistungsverträge ist. 2023 schrieb die Vamed Care ein Minus von 1,463 Mio. Euro, 2024 wurde sie von einem Fonds übernommen.

„Die überraschende Schließung der Seniorenresidenz ist inakzeptabel – der Betreiber steht hier klar in der Verantwortung“, meint etwa Gesundheits-LR Cornelia Hagele (VP). Sie dankt den ISD sowie dem Pflegepersonal, das von der Seniorenresidenz mitkommt, „um schnell und zuverlässig

„ Die Situation zeigt, wie wichtig es ist, die Daseinsvorsorge in der öffentlichen Hand zu belassen.“

Johannes Anzengruber
(Innsbrucker Bürgermeister)

„ Die überraschende Schließung der Seniorenresidenz Veldidenapark ist aus meiner Sicht inakzeptabel.“

LR Cornelia Hagele/ÖVP
(Gesundheitslandesrätin)

sich für die betroffenen BewohnerInnen da zu sein“.

Für SPÖ-Chef LHStv. Philip Wohlgemuth ist es ebenfalls inakzeptabel, dass die SeniorInnen im Veldidenapark in ihrer sensibelsten Lebensphase mit massiver Unsicherheit konfrontiert sind. „Wenn private und profitorientierte Betreiber auf Rückzug schalten, bleibt die öffentliche Hand zurück, um die Lücken zu füllen – und die Verantwortung sowie die Kosten werden letztlich auf die Allgemeinheit abgewälzt.“

„ Der Pflege- und Gesundheitsbereich darf kein Geschäftsmodell für Investmentfonds sein.“

LHStv. Philip Wohlgemuth/SPÖ
(Parteivorsitzender)

„ Das Trauerspiel beweist einmal mehr, dass die Altenbetreuung eine Aufgabe der öffentlichen Hand ist.“

Andrea Haselwanter-Schneider
(Parteichefin der Liste Fritz)

Stadt Innsbruck und Land Tirol müssten alles daransetzen, die Seniorenresidenz zu übernehmen und ein dringend benötigtes Angebot in der Stadt weiterzuentwickeln, ist Liste-Fritz-Parteichefin Andrea Haselwanter-Schneider überzeugt. Sie schlägt dort auch ein Ärztezentrum vor.

Gemeinsam mit den Eigentümern könnte laut der grünen Gesundheitssprecherin Petra Wohlfahrtstätter ein Modell entwickelt werden, um im bisher privaten Heim öffentliche Pflegeplätze bereitzustellen.



Die zur Vamed Care gehörende Vitality Residenz zieht sich Ende Juli aus der Seniorenresidenz in Innsbruck zurück.

Foto: Rita Falk



And the winner is? Innsbruck will den ESC 2026 holen, die Finanzierung bleibt der Knackpunkt. Foto: EBU/Corinne Cumming

ESC-Finanzierung: Tourismus soll bleichen

Tirol und Innsbruck wollen. Fix ist eine Bewerbung für das TV-Event noch nicht, was an offenen Fragen zur Finanzierung liegt. Die Stadt hat konkrete Pläne.

Innsbruck – Auch wenn sich am Montagabend die Spitzen aus Land, Stadt Innsbruck, Tirol Werbung, Innsbruck Tourismus und Olympiaworld in einem Vernetzungstreffen darauf geeinigt haben, eine Bewerbung für die Austragung des Eurovision Song Contests 2026 in Österreich abgeben zu wollen: Von einer „Fixierung“, wie es etwa der ORF-Tirol am Dienstagvormittag bereits vorab meldete, kann noch keine Rede sein. Weder gab es Montagabend einen konkreten Beschluss, noch waren die dortigen Vertreter – Tourismuslandesrat Mario Gerber, Bürgermeister Johannes Anzengruber, TVB-Obmann Peter-Paul Mölk oder Karin Seiler – bereits mit Vollmachten hierfür ausgestattet.

Sowohl Gerber als auch Anzengruber benötigen hier nämlich eine politische Freigabe: Im Land zumindest durch einen Regierungsbeschluss, in der Stadt dürfte auch ein Gemeinderatsvotum notwendig werden. In Innsbruck tagt der Gemeinderat kommende Woche.

„Es hat noch keinen formellen Beschluss gegeben. Aber wir wollen uns bewerben.“

Johannes Anzengruber
(Bürgermeister Innsbruck)

Das kommt zu früh. Bis dahin könnte zwar der vom ORF in den kommenden Tagen erwartete Anforderungskatalog in der Landeshauptstadt eingelangt sein, Budget und Finanzierung müssen daraus aber erst abgeleitet werden.

Anzengruber („Es hat keinen formellen Beschluss gegeben“) bestätigt gegenüber der *TT* lediglich, dass Innsbruck Tourismus, TW und OSVI den Auftrag bekommen

haben, ein Bewerbungspaket auszuarbeiten. Basis dafür bilden die Unterlagen aus 2014. Damals sprachen Land und Stadt gegenüber dem ORF von einem „Sorglos-Paket“, einem elf Millionen Euro schweren Paket.

„Wir müssen rasch in die Gänge kommen“, bestätigt OSVI-Boss Matthias Schipf-



Hintergrund

Von
Manfred Mitterwachauer
manfred.mitterwachauer@tt.com

linger, dass eine Entscheidung für oder gegen Innsbruck als ESC-Host bis Juli fallen müsse. Schließlich seien in der Olympiahalle bereits Events gebucht, die allenfalls storniert oder verschoben werden müssten. Wie unter anderem ein Auftritt der „Ehrlich Brothers“ oder ein mehrwöchiges Eishockey-Camp. Ein Problem sei das freilich nicht, auch andere Veranstaltungsorte stünden vor ähnlichen Situationen, der Faktor Zeit sei entscheidend.

Anzengruber ist zwar für den ESC Feuer und Flamme, hält aber ebenso hinsichtlich der Finanzierung eines fest: „Wir spielen sicher nicht das Lied ‚Koste es, was es wolle‘.“ Das ist in Richtung Tourismus gemünzt. In schier jeder Wortmeldung Anzengrubers streicht der Bürgermeister seit Sonntag den touristischen Werbewert einer ESC-Austragung in Innsbruck hervor. Die Taktik ist offensichtlich: Rathaus- und Landhaus-intern soll das Wording folgendermaßen sein, dass der Tourismus einen Großteil der ESC-Kosten übernehmen solle. Also Tirol Werbung und Tourismusverbände. Dass Anzengruber aber auch selbst für die Stadt Millionen in die Hand nehmen wird müssen,

ist ihm bewusst. Geld, das nur der Gemeinderat freigeben kann. Gar über eine Sondersitzung des Gemeinderates? „Wir werden sehen“, will sich Anzengruber noch nicht festlegen.

Der Obmann des Innsbruck Tourismus, Peter Paul Mölk, wird sich den Finanzierungsbau kaum so einfach zuspätschicken lassen. Für 2015 sei seitens des TVB Innsbruck rund eine Million an Zuschuss zur Debatte gestanden, 2026 dürfte es wohl mehr werden. Die Frage, die sich Mölk stellt, ist schon eher jene nach dem Woher. Innsbruck Tourismus hat für das laufende Tourismusjahr mit einem Minus von 3,6 Millionen Euro budgetiert. Gleichzeitig muss man auf die rund 13 Millionen Euro an Rücklagen zurückgreifen. Fünf davon sind für die Verbindung Axamer Lizum/Mutterer Alm zweckgebunden. Einfach sei ein ESC-Zusatzbudget also nicht zu stemmen, so Mölk: „Damit muss und will ich zuerst in den Aufsichtsrat gehen.“ Wann? Das ist offen. Mölk spielt den ESC-Ball zudem an

„Die Finanzierungsabsage des Landes halte ich noch nicht für in Stein gemeißelt. Alle müssen sich strecken.“

Peter Paul Mölk
(Innsbruck-Tourismus-Obmann)

das Land weiter. Die Finanzierungsabsage von LH Anton Mattle hält er für „noch nicht in Stein gemeißelt“.

Eine Frage, die das Land bald beantworten muss: Bleibt es beim Finanzierungs-Nein von Mattle? Eine bloße Zurverfügungstellung der Infrastruktur – das Land ist mit der Stadt Co-Eigentümer der Olympiahalle – dürfte einigen zu wenig sein. Schulterchluss hin oder her.

Stadt übernimmt 47 Pflegebedürftige

Schließung der Seniorenresidenz in Innsbruck zieht weite Kreise. Kritik an der Vamed-Gruppe nimmt zu.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Zuerst die gute Nachricht: 47 pflegebedürftige BewohnerInnen des Veldidenaparks bekommen einen Heimplatz bei den Innsbrucker Sozialen Diensten (ISD). Bis zu 22 MitarbeiterInnen wechseln ebenfalls dorthin. „Der plötzlich auftretende Bedarf hat uns als Heimbetreiber sehr gefordert und wird uns noch fordern, bis der Umzug vollzogen ist“, sagt ISD-Geschäftsführer Hubert Innerebner.

24 Betagte mit geringem Pflegebedarf sollen während der Umbauphase in der Seniorenresidenz bleiben und mobil von den Johannitern betreut werden. Mit der Sanierung begründete die Vamed Care ihren Rückzug als Betreiberin. Innsbrucks Bürgermeister Johannes Anzengruber ist froh darüber, dass die Stadt den unschuldig zum Handkuss Gekommenen ein neues, qualitativvolles und zukunftssicheres Zuhause anbieten kann. „Die Situation zeigt wieder mal, wie wichtig es ist, die Daseinsvorsorge in der öffentlichen Hand zu belassen und nicht an profitorientierte Unternehmen auszulagern.“

„Vorgehen inakzeptabel“

Vermutet wird nämlich, dass nicht die Sanierung, sondern die wirtschaftliche Situation ausschlaggebend für die Kündigung der Residenz-, Pflege- und Dienstleistungsverträge ist. 2023 schrieb die Vamed Care ein Minus von 1,463 Mio. Euro, 2024 wurde sie von einem Fonds übernommen.

„Die überraschende Schließung der Seniorenresidenz ist inakzeptabel – der Betreiber steht hier klar in der Verantwortung“, meint etwa Gesundheits-LR Cornelia Hagele (VP). Sie dankt den ISD sowie dem Pflegepersonal, das von der Seniorenresidenz mitkommt, „um schnell und zuverlässig“

„Die Situation zeigt, wie wichtig es ist, die Daseinsvorsorge in der öffentlichen Hand zu belassen.“

Johannes Anzengruber
(Innsbrucker Bürgermeister)

„Die überraschende Schließung der Seniorenresidenz Veldidenapark ist aus meiner Sicht inakzeptabel.“

LR Cornelia Hagele/ÖVP
(Gesundheitslandesrätin)

sig für die betroffenen BewohnerInnen da zu sein.“

Für SPÖ-Chef LHStv. Philip Wohlgemuth ist es ebenfalls inakzeptabel, dass die SeniorInnen im Veldidenapark in ihrer sensibelsten Lebensphase mit massiver Unsicherheit konfrontiert sind. „Wenn private und profitorientierte Betreiber auf Rückzug schalten, bleibt die öffentliche Hand zurück, um die Lücken zu füllen – und die Verantwortung sowie die Kosten werden letztlich auf die Allgemeinheit abgewälzt.“

„Der Pflege- und Gesundheitsbereich darf kein Geschäftsmodell für Investmentfonds sein.“

LHStv. Philip Wohlgemuth/SPÖ
(Parteivorsitzender)

„Das Trauerspiel beweist einmal mehr, dass die Altenbetreuung eine Aufgabe der öffentlichen Hand ist.“

Andrea Haselwanter-Schneider
(Parteichefin der Liste Fritz)

Stadt Innsbruck und Land Tirol müssten alles daransetzen, die Seniorenresidenz zu übernehmen und ein dringend benötigtes Angebot in der Stadt weiterzuentwickeln, ist Liste-Fritz-Parteichefin Andrea Haselwanter-Schneider überzeugt. Sie schlägt dort auch ein Ärztezentrum vor.

Gemeinsam mit den Eigentümern könnte laut der grünen Gesundheitssprecherin Petra Wohlfahrtstätter ein Modell entwickelt werden, um im bisher privaten Heim öffentliche Pflegeplätze bereitzustellen.



Die zur Vamed Care gehörende Vitality Residenz zieht sich Ende Juli aus der Seniorenresidenz in Innsbruck zurück. Foto: Rita Falk

Nulldefizit schwer erreichbar

Verwaltungsabgaben um 20 Prozent erhöht, Sparbudget kommt.

Innsbruck – 1,3 Milliarden Euro Schulden, heuer gibt es eine Netto-Neuverschuldung von 148 Millionen Euro. Gleichzeitig rechnet Finanzreferent und Landeshauptmann Anton Mattle (VP) damit, dass die Einnahmen auch in den kommenden Jahren stagnieren werden und der Druck auf der Ausgabenseite hoch bleibt. Dass spätestens 2027 wieder ein Nulldefizit erreicht werden kann, ist aus heutiger Sicht wenig realistisch. Trotzdem: Mit dem Doppelbudget 2026/2027 will Mattle die Grundlage dafür schaffen, schnellstmöglich wieder ein ausgeglichenes Budget zu schnüren.

Überall muss gespart werden, vorwiegend bei den Förderungen. Schlussendlich werden es 15 Prozent sein, die Ausgaben von sechs Milliarden Euro werden auf das

Niveau des heurigen Jahres eingefroren.

Für seinen Koalitionspartner und Landeshauptmannstellvertreter Philip Wohlgemuth (SPÖ) muss der Handlungsspielraum weiterhin gegeben sein. „Wir müssen mit Augenmaß sparen und unsere Finanzmittel effizient sowie zielgerichtet einsetzen – denn ein solides finanzielles Fundament ist entscheidend, damit die Landesregierung

auch weiterhin in zentrale Zukunftsbereiche wie Bildung, Pflege und leistbares Wohnen investieren kann.“

Gekürzt wird auch der Personalstand des Landes, rund 80 frei werdende Stellen pro Jahr werden nicht nachbesetzt. Zu Kündigungen oder einem kompletten Aufnahmestopp kommt es nicht.

Gebühren werden erhöht

Nicht umhin kommt das Land Tirol, die Abgaben zu erhöhen. Nämlich um durchschnittlich 20 Prozent. Die letzte Anpassung erfolgte 2007. Betroffen davon sind Landes- und Gemeindeabgaben. Im Vergleich zum Bund, der seine Gebühren um bis zu 48,25 Prozent anhebt, verzichtet die Regierung trotz des Mehraufwands von Land und Gemeinden auf die volle Indexsteigerung. (pn)



Mattle schwört Regierung auf ein Spar-Doppelbudget ein. Foto: APA/Groder

Geflügelhof erneut beantragt

Der Obsteiger Weiler Wald kommt wegen des umstrittenen Projekts nicht zur Ruhe. Dazu wurde jetzt auch eine Anfrage im Landtag gestellt.

Von Alexander Paschinger

Obsteig – Seit Anfang April liegt das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vor: Die Widmung für den geplanten und bei den Anrainern umstrittenen Geflügelhof im Obsteiger Weiler Wald war gesetzeswidrig. Das Höchstgericht stellte nämlich fest, dass die seinerzeitige Widmung die Haltung von bis zu 4334 Puten möglich machen würde – eine Intensivhaltung wird bei 3000 Stück angenommen. Außerdem sei die Wasserversorgung zu wenig unter die Lupe genommen worden.

Die Anrainer blieben freilich skeptisch: „Wir gehen davon aus, dass der Betreiber nun versuchen wird, ein neues Konzept bei der Gemeinde Obsteig einzureichen, um so zu seinem Ziel zu kommen“, meinte die Sprecherin der Bürgerinitiative, Gabriele Majerus, schon Anfang April, als sie das Erkenntnis in den Händen hielt. Tatsächlich bestätigt Bürgermeister Erich Mirth, dass „der Widmungswerber noch einmal angesucht hat“. Die Baustelle des neuen Geflügelhofes steht jedenfalls. Der Bauwerber hatte vor zwei Jahren auf eigenes Risiko mit dem Bau begonnen.

Auf 1000 Puten beschränkt

„Es wird darin um die Haltung von 1000 Puten angesucht“, erklärt der Bürgermeister, „also ein Viertel von dem, was die Fläche hergeben würde.“ Was bedeutet das für die Gemeinde? „Wir werden die Gutachten noch einmal kontrollieren und kontrollieren



Die Baustelle für den Geflügelhof ruht derzeit. Bürgermeister Erich Mirth hat ein neues Widmungsansuchen auf dem Tisch. Fotos: Paschinger, Mirth

lassen.“ Es sei nur „die Frage, wie lange das dauert, bis wir als Gemeinde eine Entscheidungsgrundlage auf dem Tisch haben“. Denn „erst, wenn alles schlüssig da ist, können wir sachlich neutral und gesetzesmäßig entscheiden“. Die Zeit drängt allerdings: Das Höchstgericht hat eine Frist von sechs Monaten angesetzt, „und jetzt läuft alles in Richtung Urlaubszeit“. „Ich fürchte, dass es nicht bei den 1000 Puten bleiben wird“, sagt Anrainer Franz Schweigl. Für ihn ist und bleibt der Standort der falsche. Gerade einmal 50 Meter trennen ihn vom geplanten Mastbetrieb. „Und zu 60 Prozent weht der Wind von unten herauf“, ergänzt sein Bruder. „Wenn ich das vor 35 Jahren gewusst hätte, was hier kommt, hätte ich

mein neues Haus nicht hier gebaut“, sagt Franz Schweigl. Er fürchtet eine Salami-taktik. Und auch die gerichtliche Entscheidung zum Bestands-hof im Weiler, wo über 3000 Hühner untergebracht sind, steht noch aus.

Anfrage im Landtag

Genau das ist auch die Befürchtung von Markus Sint von der Liste Fritz, die sich für die Anliegen der Anrainer einsetzt. Er brachte eine Anfrage zum weiteren Vorgehen des Landes und der Gemeinde nach dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes ein. 25 Fragen will er von Landeshauptmann Anton Mattle und Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler beantwortet haben. Im Juli-Landtag sollten sie vorliegen.

Innsbruck will JJ und Songcontest 2026 eine Bühne bieten

zuletzt aktualisiert am 19. Mai 2025, 10:58 Uhr veröffentlicht am 18. Mai 2025, 14:43 Uhr



3
Bilder

Innsbruck will den Eurovisions Song Contest 2026 in der Olympiaworld austragen. Foto: Foto: Olympiaworld
hochgeladen von [Georg Herrmann](#)

Nach dem Erfolg von JJ beim Eurovision Songcontest 2025 bietet sich Innsbruck als Heimat für die Austragung im Jahr 2026 an. Bereits 2015 hat sich die Tiroler Landeshauptstadt große Chancen als Austragungsort ausgerechnet. Im Fokus der Diskussionen stehen die Kosten des Großevents.

INNSBRUCK. Die Enttäuschung in Innsbruck im Jahr 2015 war groß. "Innsbruck Tirol war aufgrund der Veranstaltungskompetenzen und der ausgezeichneten Bewerbungsunterlagen offensichtlich erst gerieht", wurde damals von der Stadt Innsbruck mitgeteilt. "Die Entscheidung des ORF dürfte aus strategischen Gründen gefallen sein. Eine nicht ganz nachvollziehbare Entscheidung", wurde damals weiter festgehalten. "Ich bin darüber verwundert, die Entscheidung ist zu akzeptieren. Der Eurovision Song Contest im kommenden Jahr ist für Österreich eine tolle Bühne", kommentiert Landeshauptmann Günther Platter das Ergebnis. "Innsbruck hat es eindeutig in die Endauswahl geschafft. Darauf sind wir mehr als stolz", erklärt die damalige Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer, die allein schon darin ein gutes Zeugnis für Tirols Landeshauptstadt sieht. "Unsere Alpenstadt ist mit ihrer hervorragenden Infrastruktur jedenfalls nachweisbar ideal für Großevents gerüstet", betont die Bürgermeisterin: "Innsbruck und der Olympiaworld wird österreichweit eine hohe Qualität als Veranstaltungsort zugeschrieben."

Toplinks



BEZAHLTE ANGERE

KREATIVE REZEPTIDEEN

Egal ob Desserts, Salate oder doch eher deftiges – die „Qualität Tirol“ Rezeptvielfalt ist groß. **Mehr dazu...**



TRAUMJOB GESUCHT?

TRAUMJOB GESUCHT?

In unserem regionalen Stellenmarkt findest du Jobangebote aus deiner Region. **Gleich reinschauen!**



ALLE MAGAZINE ONLINE

Alle Magazine der Bezirke-Blätter, wie die Jaga in Tirol, Region Tirol oder TRAUDICH auch online lesen!

**JETZT JOB
IN DER REGION
FINDEN!**



**WAS IST
LOS IN
TIROL?**



ESC 2025

Mit dem Erfolg von JJ ist die Diskussion über den Austragungsort des ESC 2026 wieder eröffnet. LA Gebi Mair hat bereits kurz nach dem Sieg von JJ auf X (Twitter) eine Einladung ausgesprochen: "Komm nach Innsbruck, Songcontest! #Eurovision2025 #Eurovision2026". Die Gemeinderatsliste das Neue Innsbruck spricht sich für den Bewerb aus. Bgm. Johannes Anzengruber arbeitet an einer möglichen Umsetzung der Idee. Kritik an dem Engagement für den ESC kommt von der KPÖ, die FPÖ zeigt sich abwartend und die Liste Fritz will seriöse Prüfung. "Für Anzengruber ist eine Innsbrucker Bewerbung ein „No-Brainer“. 70 Jahre ESC und 50 Jahre Olympische Winterspiele (in Innsbruck) wären eine ideale Steilvorlage für die Tiroler Landeshauptstadt. Kosten in Millionenhöhe schrecken Anzengruber trotz angespannter Budgetlage in Bund, Land und Stadt nicht: „Natürlich geht es nur im Schulterschluss.“ Positive Signale habe er bereits vom Tourismusverband. Dass er ORF, Tirol Werbung und Land überzeugen werde", geht der Bürgermeister im Interview mit TT aus. "Als Veranstaltungsllocation komme naturgemäß die Olympiaworld mit der Olympiahalle ins Spiel. Aber Anzengruber will mehr. Etwa eine zusätzliche Live-Outdoor-Arena im benachbarten Tivoli-Stadion. Unter Einbindung etwa auch des Eisschnelllauf rings. Und: Die Seegrube samt Nordkette will Anzengruber um jeden Preis als „Spezial-Ort“ ins Konzept einbringen: „Die Berge, das wäre perfekt für unsere alpin-urbane Marke".



Der österreichische Sänger JJ gewinnt den Eurovision Song Contest 2025 mit seiner Opernbalade "Wasted Love" und insgesamt 436 Punkten.

Foto: Sarah Louise Bennett/EBU hochgeladen von [Kevin Chi](#)

Unterstützung

Unterstützung kommt von Seiten der Gemeinderatsliste Das Neue Innsbruck. Mit dem gestrigen Sieg von JJ beim Eurovision Song Contest in Basel ist klar: 2026 kommt der ESC nach Österreich – und Innsbruck sollte Gastgeberstadt werden! Das fordert Das Neue Innsbruck und erinnert daran, dass Tirols Landeshauptstadt bereits 2015 als Austragungsort im Gespräch war. Das Neue Innsbruck sieht in einer Bewerbung einen guten Ansatz hinsichtlich der USP für Innsbruck, die Tourismusbranche und die Wirtschaft. Konzepte liegen vor und müssen aktualisiert werden, wird in einer Aussendung mitgeteilt. "Damals musste Wien den Vortritt bekommen. Jetzt ist es Zeit, die Karten für eine dritte ESC-Austragung in Österreich neu zu mischen. Stellen wir Innsbruck in den Mittelpunkt Europas, holen wir dieses Großevent nach Tirol. Davon profitieren alle", so Stadtrat Markus Stoll für den Gemeinderatsklub Das Neue Innsbruck. "Wer glaubt, der ESC sei nur ein Musikfestival, verkennt die wirtschaftliche Dimension. Der Song Contest ist ein internationaler Wirtschaftsfaktor mit massiver Strahlkraft – auch für uns in Innsbruck. Die Wirtschaft und besonders der Tourismus würden massiv profitieren. Mit den Einnahmen könnten auch endlich die fehlenden Kulturräume gesichert und ausgebaut werden. Eine riesige Chance und in jeglicher Hinsicht ein Impulspaket in seiner Gesamtheit für Innsbruck", so Stoll weiter.

Kritik

Die KPÖ kritisiert das Engagement als falsche Prioritätensetzung. Die Innsbrucker bräuchten eine Lösung der Wohnungskrise, nicht die nächste Touristenattraktion, meinen die Kommunisten. Zudem seien die positiven Impulse des ESC für die Stadt umstritten. Tourismusforscher Jürg Stettler von der Hochschule Luzern, der den vergangenen Songcontest untersucht hat, bezeichnete die wirtschaftliche Stimulation dieser Art von Veranstaltungen als „nur vorübergehend“. "Statt dem nächsten Großevent für zehntausende Touristen, sollte sich der Bürgermeister zur Abwechslung um die Menschen kümmern, die tatsächlich in Innsbruck leben. Die können sich ihre Wohnung nicht mehr leisten. Dagegen hilft auch kein Songcontest", erklärt GR Pia Tomedi in einer Aussendung.

Sorgen um finanzielle Nachwehen

Abwartend verhalten sich der Tiroler FPÖ-Landesparteiobmann LA Markus Abwerzger und Innsbrucks FPÖ-Stadtrat Markus Lassenberger bezüglich einer eventuellen Bewerbung Innsbrucks als Austragungsort für den Songcontest im kommenden Jahr. "Großevents in Tirol haben sich in den vergangenen Jahren immer als finanzielle Baustellen in Nachhinein herausgestellt", erörtert Abwerzger, der die Straßenradspport-Weltmeisterschaften im Jahr 2018 und die Nordische Skiweltmeisterschaften 2019 als Negativbeispiele heranzieht. "Allein das Sicherheitskonzept für den Songcontest würde Unsummen kosten, wie ja der heurige Event in Basel eindeutig gezeigt hat", fügt Lassenberger hinzu. Für beide FPÖ-Politiker ist daher eines klar: „Bei einer Bewerbung Innsbrucks als Austragungsort für den Songcontest müssten vielfältige Parameter zuvor geklärt werden, auch was den Verkehrsbereich betrifft.“ Abwerzger und Lassenberger wollen daher zuvor ein klares, transparentes und ehrliches Bewerbungskonzept erstellt wissen: „Dann kann und muss man entscheiden, ob sich der Aufwand und die Kosten wirklich lohnen.“

Seriöse Prüfung

Die Liste Fritz verschließt sich einer Diskussion über eine mögliche Austragung des Eurovision Song Contest 2026 in Innsbruck nicht, warnt jedoch vor voreiligen Entscheidungen ohne fundierte finanzielle Abklärung. Kritik übt Haselwanter-Schneider an der Vorgangsweise von Bürgermeister Johannes Anzengruber: "Die Aussage des Bürgermeisters, den ESC unbedingt nach Innsbruck holen zu wollen, ist ein Schnellschuss, ohne die Konsequenzen oder finanziellen Auswirkungen bedacht zu haben. Wir haben in Innsbruck aktuell eine angespannte Budgetsituation. Nur rund 1,4 Millionen Euro an frei verfügbaren Mitteln stehen der Stadt für dieses Jahr noch zur Verfügung. Gleichzeitig müssen Förderansuchen abgelehnt bzw. gekürzt werden. Für den ESC scheint allerdings plötzlich ausreichend Geld da zu sein? Ich frage mich ernsthaft, ob der Bürgermeister über eine Geheimschatulle verfügt, von der wir nichts wissen." Die Liste Fritz fordert vorab eine seriöse Prüfung der Rahmenbedingungen, bevor über eine Bewerbung der Stadt Innsbruck als Austragungsort entschieden wird. „Ja, der ESC ist eine große Chance, aber auch eine große finanzielle Herausforderung. Es braucht Transparenz, eine klare Kosten-Nutzen-Analyse und vor allem eine ehrliche Debatte über Prioritäten. Die Zeche dürfen jedenfalls nicht die Innsbrucker:innen und Tiroler:innen zahlen“, so Haselwanter-Schneider abschließend.



Der Sieg gelang vor allem dank der internationalen Fachjurys, die JJ 258 von insgesamt 436 Punkten gaben. Die Publikumswertung fiel geringer aus, reichte aber zum ersten Platz. Israel wurde überraschend Zweiter, Estland landete auf Platz drei.

Foto: Sarah Louise Bennett / EBU hochgeladen von [Julia Steiner](#)

Kosten

Im Fokus der Diskussion stehen die Kosten für den ESC. Die Gesamtkosten für den heurigen Eurovision Song Contest werden mit rund 60 Millionen Franken (etwa 64 Millionen Euro) beziffert. Die SRG übernimmt 20 Millionen Franken (21,3 Millionen Euro), die Stadt Basel beteiligt sich mit 35 Millionen Franken (37,3 Millionen Euro) und die European Broadcasting Union (EBU) steuert 5 Millionen Franken (5,3 Millionen Euro) bei. Für die Ausrichterstadt Basel rechnet Dario Silic, Professor an der Swiss School of Business and Management in Genf, mit einem ökonomischen Profit von 60 Mio. Franken (64 Mio. Euro). Die lokalen Behörden hoffen, dass dieser touristische Aufschwung langfristige positive Effekte hat und Basel als kulturelles Reiseziel etabliert. Liverpool verzeichnete einen wirtschaftlichen Nutzen von 64 Mio. € und Malmö 38 Mio. € 2015 investierte die Stadt Wien rund 1 Million Euro (valorisiert heute etwa 1,3 Mio. Euro) durch das Stadtmarketing, der ORF kam mit seinen 15 Mio. Euro (rund 20 Mio. Euro) aus.